

Lang. F 1 23 JAN 91
 Vollzugs
 Zuschrift 1395
 ...
 ...
 ... 300x
 ...
alle Alg. 1.14x
 Post ... Versand
 ... Zustellung
 durch:



Stadt Schwerte
Der Stadtdirektor

LANDTAG
 NORDRHEIN-WESTFALEN
 11. WAHLPERIODE
ZUSCHRIFT
11/395

An die
 Präsidentin des Landtags
 des Landes Nordrhein-Westfalen
 Frau Ingeborg Friebe
 Haus des Landtags

4000 Düsseldorf

ARCHIV
 des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIH Exemplar

Schwerte, 16.01.1991

Sehr geehrter Frau Landtagspräsidentin,

der Rat der Stadt Schwerte hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 1990 die nachstehende Resolution verabschiedet:

Der Regierungsentwurf des GFG 91 belastet den kommunalen Finanzausgleich in unerträglichem Maße zugunsten des Landeshaushalts: Der allgemeine Steuerverbund soll durch folgende Maßnahmen um insgesamt rund 700 Millionen DM gekürzt werden:

1. Die Gewerbesteuerumlage soll nicht mehr in die Verbundgrundlagen einbezogen werden.
 Verlust: 184 Millionen DM
2. Aufgaben, die bisher unmittelbar aus dem Landeshaushalt finanziert werden, sollen nunmehr von den Kommunen bezahlt werden (Befrachtung des Steuerverbundes). Zu diesen Aufgaben zählen:
 - Hilfsmaßnahmen zugunsten der Gemeinde, Städte und Kreise in den neuen Ländern
 - 130 Millionen DM -
 - Die Finanzierung von Übergangsheimen
 - 200 Millionen DM -
 - Der Bau und die Einrichtung von Kindergärten
 - 119 Millionen DM -

Durch diese Befrachtung mit Landesaufgaben wird der allgemeine Steuerverbund um 446 Millionen DM gekürzt.

3. Im Jahre 1991 fließt dem kommunalen Finanzausgleich die Nachzahlung der im Jahre 1989 zu wenig gezahlten Beträge zu (sogenannte Abrechnung 1989). Diesen Nachzahlungsbetrag von 697,7 Millionen DM hat das Land durch den Nachtragshaushalt 1990 um 50 Millionen DM gekürzt, um damit den Landesanteil für den Bau von Übergangsheimen zu finanzieren.

Die beabsichtigte Kürzung des allgemeinen Steuerverbundes ist finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Die finanziellen Dauerschäden des massiven Eingriffs werden zwar 1991 vordergründig durch die hohe Abrechnung aus dem 89er Finanzausgleich kaschiert.

1992 wirken sie aber fort und reduzieren das normale Verbundwachstum gegen Null!

Für die geplanten Kürzungen gibt es keine plausible Begründung. Im Gegenteil! Die günstige Steuerentwicklung des Jahres 1990 hat dazu geführt, daß die Neuverschuldung des Landes weit unter dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 5,3 Milliarden DM bleiben wird. Nach der amtlichen Statistik betrug die Neuverschuldung in den ersten 8 Monaten lediglich 923 Millionen DM. Es widerspricht jeglicher Lebenserfahrung, daß das Land im letzten Drittel des Jahres noch weitere Kredite in Höhe von 4,377 Milliarden DM, das sind mehr als 80 % der für das ganze Jahr veranschlagten Summe, aufnehmen wird.

Vor diesem positiven Hintergrund ist die geplante einschneidende Belastung der Kommunen, der ja eine entsprechende Entlastung des Landeshaushaltes gegenübersteht, nicht nur völlig unverständlich, sie steht auch im krassen Gegensatz zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vom 15. August 1990, die gleichmäßige Finanzentwicklung aller Haushaltsebenen sei das Hauptziel der Finanzpolitik des Landes.

Nach eigenen Angaben des Finanzministers haben sich die Steuereinnahmen des Landes von 1981 - 1991 um 58,6 % erhöht (1981: 35,1 Milliarden DM, 1991: 55,7 Milliarden DM), der Anteil der Gemeinden am allgemeinen Steuerverbund wurde in dieser Zeit jedoch nur um 23,7 % (1981: 9,7 Milliarden DM, 1991: 12,1 Milliarden DM) erhöht.

Für die Stadt Schwerte bedeutet dies in 1991:

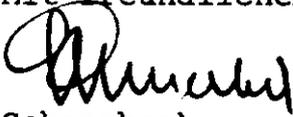
4.621.360,00 DM minus gegenüber 1990.

Der Rat der Stadt Schwerte fordert die Landesregierung und den Landtag NW auf, diese unerträglichen Kürzungen zu verhindern und die Solidarität des Landes mit seinen Kommunen wiederherzustellen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Eine weitere Ausfertigung dieses Schreibens erhält der
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichem Gruß



Schmerbeck